Norbert Sievers

Die unzulängliche Zugänglichkeit der Kultur.
Kulturelle Teilhabe und Sozialstruktur

Keynote zur Podiumsdiskussion „KULTUR FÜR WEN? Strategien zur Förderung kultureller Teilhabe“ der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik am 1. Februar 2011 in Wien

Die Frage, inwieweit die öffentlich finanzierten kulturellen Einrichtungen offen sind für alle Menschen und sie zur Teilhabe einladen, ist ein Dauerthema der Kulturpolitik. Sie verweist auf die Frage der Teilhabegerechtigkeit in der demokratischen Gesellschaft, die derzeit auch als Inklusionsdebatte geführt wird, und rückt die Themen „Publikum“ und „Infrastruktur“ in den Mittelpunkt des kulturpolitischen Interesses. Unabhängig von dieser legitimationswirksamen Frage, *wen* Kulturpolitik mit ihren Leistungen und ihrer Infrastruktur erreicht, geht es mit Blick auf die Auslastung und das Funktionieren dieser Infrastruktur auch darum, *wie viele* Menschen erreicht werden (können). Denn Theater, Konzerthäuser, Museen, Bibliotheken oder Soziokulturelle Zentren brauchen Besucher und Nutzer, um ihre Funktion im Kontext der kulturellen Infrastruktur erfüllen zu können, auch wenn sich die Legitimation der öffentlichen kulturellen Infrastruktur darin nicht allein erschöpft.

Die Kulturpolitische Gesellschaft hat deshalb das Thema „Kulturpublikum“ schon vor etlichen Jahren auf die kulturpolitische Agenda gesetzt und einen Strategiewechsel von der „angebots- zur nachfrageorientierten Kulturpolitik“ gefordert. Die Argumentation war seinerzeit ebenso nahe liegend wie plausibel. Sie ging davon aus, dass es in den letzten drei Jahrzehnten zwar eine Vervielfältigung des kulturellen Angebotes gab, dass es aber nicht gelungen ist, neue und erweiterte Bevölkerungsgruppen dafür dauerhaft zu interessieren. Deshalb sei perspektivisch von einem Missverhältnis von Angebot und Nachfrage auszugehen, das zu einer Herausforderung im Sinne einer verstärkten Nachfrageorientierung für die Kulturpolitik werde. Auf diesem Zusammenhang werde ich in meiner Rede eingehen und dabei auf die Frage eingehen, ob der Kulturpolitik in der traditionellen Form perspektivisch die ihr zugrunde liegende Sozialstruktur weg bricht.

Kulturelle Teilhabe und Sozialstruktur

Kulturelle Teilhabe ist eine persönliche Angelegenheit. Ob jemand Theater besucht, Konzerte genießt oder die Bildende Kunst schätzt, ist abhängig von individuellen Motivationen und Präferenzen, die schon früh ausgebildet werden. Betrachtet man die kulturelle Beteiligung jedoch insgesamt, so fällt auf, dass sie eine soziale Struktur aufweist, die in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen steht. Kulturpolitik, die sich als Gesellschaftspolitik versteht, muss diese zur Kenntnis nehmen und darauf reagieren. Seit einigen Jahren steht diese Perspektive wieder stärker im Fokus des Interesses. Zunächst waren es Fragen der Demografie, dann auch der sozio-ökonomischen Entwicklung, die als Bedingungsfaktoren der kulturellen Teilhabe in den Blick genommen wurden. Die Themen Schrumpfung, Überalterung/Unterjüngung, Migration und Armut stehen dafür. Daneben ist unbestritten, dass Bildung und Erziehung, die Einbettung in bestimmten Sozialmilieus sowie neue technologische Entwicklungen im Kontext der Digitalisierung einen wichtigen Einfluss auf die Ausbildung kultureller Präferenzen und Beteiligungsinteressen haben. Insgesamt ist von einer Gemengelage sich überlagernder und z.T. verstärkender sozialstrukturell und sozialkulturell bedeutsamer Faktoren auszugehen, die einen Strukturwandel der kulturellen

Teilhabe respektive der Nachfragesituation auslösen können und die Inanspruchnahme der öffentlichen kulturellen Infrastruktur so stark beeinflussen, dass sie sich verändern muss. Fünf Faktoren möchte ich zur Diskussion stellen:

1. Faktor Schrumpfung: Weniger Menschen, weniger Nachfrage?

Es ist bekannt, dass die Weichen für die demografische Entwicklung in den nächsten 40 Jahren unumkehrbar gestellt sind. Die Bevölkerung wird schrumpfen. Diese Entwicklung vollzieht sich nicht gleichförmig, sondern – regional differenziert – in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Tempo. Schon jetzt gibt es ein Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Regionen und Gemeinden. Wer glaubt, die Klage über den Bevölkerngsrückgang könne kulturpolitisch als "Arlarmismus" abgetan werden und hätte keinen Einfluss auf die kulturelle Beteiligung und die Auslastung der Kulturinstitute, hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Allein die Tatsache, dass in den ostdeutschen Bundesländern ab 2015 nur noch eine „halbierte“ Generation ins potenzielle Elternalter kommt, macht deutlich, was dies für die Kultureinrichtungen mittel- und langfristig bedeutet.

Der zu erwartende Bevölkerungsrückgang wird auch zu einer Schrumpfung des Kulturpublikums führen, wenn auch regional und sektoral in verschiedener Weise. Dies sollte umso mehr zu denken geben, als es – entgegen anderer Erwartungen und mit Blick auf die Zeitverwendung für kulturelle Aktivitäten – auch schon bisher kein ständig wachsendes Kulturinteresse gegeben hat. In der Altersklasse bis 30 Jahre soll das Interesse an Kunst und Kultur in den letzten zehn Jahren sogar um rund ein Drittel geschrumpft sein. Dieser Befund eines gleich bleibenden oder nachlassenden Kulturinteresses in der Gesamtbevölkerung ist insofern bemerkenswert, als sich die Voraussetzungen für kulturelle Partizipation - mehr Kaufkraft, mehr Freizeit, höhere formale Schulabschlüsse und ein überproportional gewachsenes Angebot – in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert haben.

Für die Kulturpolitik ist dieser Sachverhalt, sollte er sich empirisch erhärten lassen, mehr als ernüchternd, weil sie in ihrem angebotsorientierten Selbstverständnis stets von einem ständig wachsenden Kulturinteresse ausgegangen ist. Sie muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass das kulturelle Interesse kein unbegrenzt verfügbares Gut ist, sondern eine knappe Ressource, um die sich viele Anbieter bemühen. Dem quantitativem Wachstum und der Vielfalt der Kulturangebote steht dabei heute eine intensivierte und differenzierte Nachfrage der Viel- oder Kernnutzer gegenüber, aber nicht unbedingt eine angemessene Vermehrung der Teilnehmer und Nutzer insgesamt. Es gibt zwar mehr Besuche (vor allem der großen Kultureinrichtungen und populären Kulturevents), aber nicht unbedingt mehr Besucher, was die Kulturstatistik in der Regel verschweigt bzw. nicht offen legt. Die Folge ist, dass eine Vielzahl von Kultureinrichtungen und Veranstaltungen gut besucht ist, während andere mit ihrer Auslastung zu kämpfen haben. Diese Entwicklung wird sich weiter verstärken, wenn der Kreis der Kulturnutzer schrumpft und es nicht gelingt, neues Interesse zu wecken. Die Effekte wirken sich womöglich kumulativ aus.

2. Faktor Alter: Stirbt das Kulturpublikum aus?

Problematischer als die Schrumpfung der Bevölkerung ist die Veränderung der Altersstruktur. Die drastische Verschiebung im Generationenverhältnis führt zu einer Überalterung respektive „Unterjüngung“ der Bevölkerung. Für die Kulturpolitik und das Management der Kultureinrichtungen ist dies eine große Herausforderung. Schon jetzt ist

der Faktor Alter auch ein Problem der Kulturteilhabe. Die "Konzerte im Silbersee" sind schon sprichwörtlich und führen langsam auch zu einem Nachdenken in den Chefetagen der Kulturpolitik. Die Klassikanbieter und hier insbesondere die Konzerthäuser und Opern sind von der Überalterung oder “Unterjüngung“ des Publikums besonders betroffen. Der Altersdurchschnitt hat sich in diesen Einrichtungen in den letzten drei Jahrzehnten deutlich nach oben verschoben. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass das Opernpublikum in dieser Zeit um 10 Jahre gealtert ist – und damit stärker als es den Änderungen in der Alterstruktur der Bundesbürger entsprechen würde.

Das Durchschnittsalter der Opern- und Operettenbesucher soll mittlerweile in vielen Häusern bei 57 Jahren liegen, das der Besucher klassischer Konzerte vereinzelt sogar bei 60 Jahren. Deshalb wird befürchtet, dass das Opernpublikum zu vergreisen, längerfristig sogar auszusterben droht. Für Theater und Museen wird eine ähnliche Entwicklung konstatiert, auch wenn sie weniger stark ausgeprägt ist. Diese Entwicklung der Vergruftung des Kulturpublikums im Klassikbereich erklärt sich nicht nur aus dem größeren Interesse älterer Menschen an diesen Kulturformen, sondern auch aus einem wachsenden Desinteresse der Jüngeren. So zeigen einige Studien übereinstimmend, dass das Interesse an klassischer Musik umso geringer ist, je jünger die Altersgruppe ist. Deshalb besteht die Gefahr, dass der auf Klassik fokussierte öffentliche Kulturbetrieb sich tendenziell von der jüngeren Generation abkoppelt oder abgekoppelt wird.

Aber nicht nur in Opern- und Konzerthäusern schimmert es silbergrau. Fast überall im Kulturbereich prägen ältere und alte Menschen heute schon das Bild des Kulturpublikums; es sei denn, das Programm richtet sich explizit an jüngere Leute. Die Entwicklung wird voraussichtlich weiter gehen, denn die so genannte Babyboomergeneration (1955 – 1970), die heute den Großteil des Kulturpublikums stellen, wird in den kommenden 10 – 20 Jahren die Altersstruktur der meisten Kultureinrichtungen weiter nach oben verschieben. Noch nie zuvor gab es so viele ältere Menschen, die über so viel Zeit, Geld und Bildung verfügen konnten wie die heutigen Senioren, und es werden in den nächsten 10 – 15 Jahren wohl noch mehr werden. Es gibt also ein großes Potenzial von Menschen, die prinzipiell für kulturelle Angebote und Aktivitäten ansprechbar sind. Das ist eine große Chance für die Kultureinrichtungen.

Die kulturellen Präferenzen der älteren und alten Menschen haben sich allerdings verändert. Die Generation der Babyboomer ist mit einem anderen Kulturbegriff aufgewachsen. Hier ist das Popkultur- und Soziokulturmotiv stärker präsent als bei den heutigen Rentnern. Da die Kulturgewohnheiten sich mit dem Alter erfahrungsgemäß und empirisch belegt kaum verändern, ist davon auszugehen, dass die Formate der U- und OFF-Kultur von der Altersentwicklung eher profitieren werden, während die Klassikanbieter auch deshalb auf Dauer größere Schwierigkeiten bekommen dürften, ihre Veranstaltungen zu füllen. Dennoch werden auch sie wohl eine Zeit lang noch eine Verschnaufpause haben, weil das Interesse an „klassischer Musik“ im individuellen Lebensverlauf kontinuierlich zunimmt, während die Nutzung von Rock- und Popmusik abnimmt. Deshalb werden die Klassik-Anbieter von der Umkehrung der Alterspyramide mittelfristig noch profitieren können. Spätestens ab 2030, wahrscheinlich schon in zehn Jahren wird der demografische Effekt in der Auslastung dieser Kultureinrichtungen allerdings voll durchschlagen.

3. Faktor Herkunft: Wie inklusiv ist die Kultur?

Die soziale Herkunft und die persönliche Bildung spielen nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der Inanspruchnahme kultureller Einrichtungen und der Ausbildung kultureller Beteiligungsinteressen. Der Freizeitforscher Horst W. Opaschowski weist sogar nach, dass die „kulturelle Spaltung“ zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern kultureller Einrichtungen entlang sozialer Merkmale sogar zu und nicht etwa abgenommen hat. Offensichtlich gibt es einen engen Zusammenhang von sozialer und kultureller Exklusion, der sich in Zukunft noch verstärken könnte, weil die Schere zwischen „arm“ und „reich“ in Deutschland immer weiter auseinanderklafft. Die Armutsquote ist von 1998 bis 2005 um 50% gestiegen, von 12 auf 18%; das sind vier Millionen Arme mehr und die Tendenz ist unverändert. Zirka zehn Millionen Menschen haben inzwischen einen Anspruch auf Hartz IV oder Sozialgeld. Diese Menschen können sich Theater- oder Opernkarten schlichtweg nicht mehr leisten, wenn sie sie sich jemals leisten konnten oder wollten.

Ebenso wichtig wie die faktische Einkommenssituation ist aber die Angst vor dem sozialen Abstieg. Mittlerweile ist die Unsicherheit der sozialen Situation und der drohenden Deklassierung oder Marginalisierung auch in der Mitte der Gesellschaft spürbar. Der sozioökonomische Status der Mittelschicht hat sich verschlechtert. Vierzehn Prozent der Menschen, die im Jahr 2000 noch zur Mittelschicht zählten, leben inzwischen in Armut, heißt es im 3. Armutsbericht der Bundesregierung. Die gefühlte Armut und „Statuspanik“ reicht mittlerweile viel weiter in die Mittelschicht hinein und führt dazu, dass viele Menschen sich selbst aus dem öffentlichen Leben ausschließen, bevor sie sozialstrukturell ausgeschlossen sind. Das ist keine gute Voraussetzung für kulturelle Beteiligung, zumindest dann nicht, wenn damit ein Verhalten gemeint ist, das nicht auf den passiven Konsum von medialen Unterhaltungsangeboten konzentriert bleibt. Vielmehr begründet diese Entwicklung die Gefahr, dass immer mehr Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage nicht an öffentlichen Kulturangeboten teilhaben können.

Phänomene des sozialen und kulturellen Ausschlusses sind gegenwärtig nicht nur sozialstrukturell in den unteren Bereichen der Einkommensskala zu konstatieren, sondern auch regional in strukturschwachen ländlichen Räumen oder in sozial abgehängten Stadtteilen. Durch die Abwanderung der zumeist jungen, weiblichen und sozial aktiven Bevölkerung aus diesen Regionen und Arealen und dem Verbleiben der nicht wanderungsfähigen Menschen entsteht in diesen Gebieten eine prekäre Situation der Exklusion, in der die Auswirkungen relativer Armut, einer prekären Sozialstruktur und infrastrukturellen Unterversorgung sich gegenseitig verstärken. Problematisch ist dabei insbesondere der Zerfall von sozialen Netzwerken und einer entwickelten Vereinskultur, so dass der alltäglichen Kommunikation und sozialen Teilhabe die Anlässe, Akteure und Themen fehlen. Insbesondere das kulturelle Vereinswesen und die Angebote der Breitenkultur können nur bestehen, wenn es genügend beteiligungsbereite und -fähige Menschen gibt. Dieses Engagement und die Kompetenzen, die dafür benötigt werden, zu unterstützen, sollte in der Kulturpolitik viel stärker verfolgt werden.

4. Faktor Migration: Integration durch kulturelle Partizipation?

Die zunehmende ethnisch-kulturelle Durchmischung bzw. der steigende Anteil von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte ist ebenfalls ein wichtiger Bedingungsfaktor für kulturelle Beteiligung. Schon heute haben mehr als 30 Prozent aller Neugeborenen in Deutschland zumindest einen Elternteil mit nichtdeutscher Herkunft. In den Großstädten sind es erheblich mehr und in einzelnen Stadtteilen liegt die Quote nicht selten bei über 50 Prozent; Tendenz steigend. Schon in einigen Jahren werden 50% der unter 25-Jährigen in den Ballungsräumen einen Migrationshintergrund bzw. eine Zuwanderungsgeschichte haben, so dass die „Fifty-

fifty-Gesellschaft“ nicht mehr fern ist. Migranten sind in unseren Kultureinrichtungen, von Ausnahmen abgesehen, jedoch so gut wie nicht präsent. Das ist sicherlich zu einem Gutteil der sozialen Lage, der Sprachkenntnisse, der Bildung und des spezifischen Kulturinteresses dieser Bevölkerungsgruppe geschuldet. Aber es liegt auch daran, dass die deutsche Kulturpolitik an einem überkommenen Begriff kultureller Öffentlichkeit festhält und nach wie vor fokussiert ist auf das klassische Bildungsbürgertum und den von diesen bevorzugten Kanon kultureller Werke. Sie hat die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, noch nicht wirklich zur Kenntnis genommen und konzeptionell umgesetzt.

Deshalb nimmt die Kulturpolitische Gesellschaft sich dieses Themas seit vielen Jahren an. Im Rahmen des 2. Kulturpolitischen Bundeskongresses „inter.kultur.politik. Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft“ im Jahr 2003 wurde dieses Defizit zum Thema gemacht und eine interkulturell qualifizierte Kulturpolitik angemahnt. Der Titel der Kongresserklärung „Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell“ bringt dabei auf den Punkt, worauf die Veranstalter damals hinweisen wollten: Es gibt aufgrund der tatsächlichen und zukünftig notwendigen Zuwanderung gesellschafts- und kulturpolitisch gar keine Alternative zu einer stärkeren Berücksichtigung der kulturellen Interessen der zugewanderten Mitbürger.

5. Faktor Kulturelle Orientierungen: Neue Präferenzen, neue Angebote?

Kulturelle Orientierungen und Präferenzen sind im engeren Sinne keine Merkmale der Sozialstruktur einer Gesellschaft, aber sie stehen in einem engen Zusammenhang damit. In einer Vielzahl von Studien ist nachgewiesen worden, dass die soziale Lage nicht nur einhergeht mit typischen Lebensstilen und -vorstellungen, sondern auch mit spezifischen ästhetischen Präferenzen und kulturellen Teilhabeformen, die in der Kulturpolitik eine höchst unterschiedliche Bewertung und Förderung erfahren.

Differente Lebensstile und kulturelle Orientierungen sind jedoch nicht nur durch Schicht- und Klassenzugehörigkeiten definiert, sondern quer dazu auch durch die Zugehörigkeit zu spezifischen Generationen oder Alterskohorten. Darauf hat Albrecht Göschel (1991) in seiner viel beachteten Studie „Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur“ aufmerksam gemacht. Er schreibt darin: „Jede Generation entwickelt ihren Kulturbegriff im Lebensabschnitt ihrer entscheidenden kulturellen Sozialisation, also in der Jugend oder im frühen Erwachsenenalter, und behält ihn dann weitgehend im weiteren Verlauf des Lebens bei.“ Diese Entwicklung verursacht nicht nur einen Wandel der kulturellen Werte, Einstellungen und Beteiligungsformen, sondern auch der Präferenzen für bestimmte künstlerische Genres, Präsentationsformen und Einrichtungen, die gleichzeitig bestehen und daher konkurrierende Ansprüche an die öffentliche Kulturförderung begründen.

Die Erfahrung zeugt jedoch, dass die jeweils neuen kulturellen Ansprüche und Präferenzen aufgrund des Beharrungsvermögens der Kultureinrichtungen und der eher strukturkonservativen Ausrichtung der Kulturpolitik kaum berücksichtigt werden. Die 1950er Generation, die in den 1960er und frühen 1970er Jahren kulturell und politisch sozialisiert worden ist, war aus heutiger Sicht wohl die letzte, die mit den Soziokulturellen Zentren, den Locations der OFF-Kultur und den Jugendkunstschulen eine eigene kulturelle Infrastruktur für sich erstreiten konnte, so marginal sich die Finanzierung dieser Einrichtungen gegenüber den traditionellen Kultureinrichtungen auch ausnimmt. Nachfolgende Generationen, die ebenfalls durch identifizierbare neue kulturelle Werte und Präferenzen gekennzeichnet werden können, gingen bisher leer aus. Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates, Max Fuchs, spricht wohl auch deshalb von einer „katastrophalen Ungleichverteilung öffentlicher Zuwendungen für die verschiedenen Lebensstilgruppen“.

Dabei ist zu erwarten, dass die „Digitalisierung der Kultur“ und der Aufstieg des Internets, mit der die Alterskohorten, die in den 1980er und 1990er Jahren aufgewachsen sind, noch tief greifendere Veränderungen mit Blick auf den Zugang zur Kultur und die Ausbildung kultureller Beteiligungsformen und Präferenzen bewirken werden, als dies in älteren Generationen der Fall gewesen ist. Allein der Blick auf die Entwicklung der Computerspiele und der internetbasierten Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe befreit in dieser Frage von Illusionen. Der Bildschirm und die mobilen Endgeräte sind schon jetzt zur zentralen Instanz der kulturellen Teilhabe geworden. Kinder und Jugendliche haben heute andere kulturelle Interessen und Optionen, die ihr Leben begleiten werden und z.T. in Konkurrenz zu anderen Kulturgütern und herkömmlichen Formen und Formaten der Kulturteilhabe stehen, insbesondere bei den Intensivnutzern des Internets, die wiederum überwiegend jung sind. Alle Sparten der Kultur sind davon betroffen. Auch dadurch besteht deshalb in der Tendenz die Gefahr, dass der Kulturpolitik (vor allem im Bereich der Klassikangebote) der Publikumsnachwuchs weg bricht, was viele Kommunen indes nicht davon abhält, weiterhin Konzerthäuser zu bauen, die dieses Segment bedienen.

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik

„Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik“ heißt das Credo der Kulturpolitischen Gesellschaft. Damit waren stets auch der Anspruch und die Aufgabe verbunden, gesellschaftliche Entwicklungen in den Blick zu nehmen, um auf diesem Hintergrund kulturpolitische Konzepte zu entwickeln. Gegenwärtig gibt es allen Anlass, sich dieses Anspruchs wieder zu erinnern, weil der Strukturwandel in der Gesellschaft dazu führen könnte, dass der herkömmlichen Kulturpolitik mehr und mehr die sozialstrukturelle Basis schwindet. Denn das klassische Bildungsbürgertum, also jene Kultur tragende Schicht in der „Mitte“ der Gesellschaft, auf die die Kulturpolitik traditionell fokussiert ist, ist nicht nur demografisch und sozioökonomisch gefährdet, sondern verändert vor allem kulturell ihre Struktur durch den Prozess der Ausdifferenzierung und Segmentierung in verschiedenen Milieus und durch besondere Lebensstile gekennzeichnete Gruppen. Die Trägergruppen der kulturellen Öffentlichkeit sind durch den Prozess der gesellschaftlichen Individualisierung und Differenzierung heute sehr viel pluraler aufgestellt als noch in den 1960er und 1970er Jahren.

Mit Blick auf den sozialen Strukturwandel der Gesellschaft kann davon gesprochen werden, dass die vertikale Struktur der sozialen Ungleichheit ergänzt und überlagert wird durch eine horizontale Struktur kultureller Differenz, ohne dass dadurch jedoch die Hierarchisierungslogik kultureller Teilhabe aufgelöst wäre. Die alte Dichotomie von oben und unten wird vielmehr ergänzt durch neue Formen eines drinnen und draußen. Dieser Veränderungsprozess führt dazu, dass das Bildungsbürgertum und die durch diese gesellschaftliche Gruppe repräsentierte Kultur nicht nur ihre ‚kulturelle Hegemonie’ und sozialdistinktive Funktion tendenziell einbüßt, sondern für das Marketing der Kultureinrichtungen immer weniger eine homogene und verlässliche Referenzgruppe darstellt und deshalb schwerer zu adressieren ist. Die Kulturpolitik verliert dadurch nicht nur an Legitimation, sondern auch ihr gesellschaftliches Subjekt, also die soziale Formation, die bislang Ansprüche und Hoffnungen an die Kulturpolitik heranträgt und deren geistiges Fundament bildet.

Hinzukommt, dass die kulturellen Interessen und Vorlieben sich nachhaltig verändern, insbesondere in den nachwachsenden Generationen, die das Publikum von morgen bilden. Wenn aber die Präferenz für bestimmte Angebotssegmente (insbesondere der Hochkultur) schwindet und Vermehrung und Vervielfältigung der bestehenden Infrastruktur keine wirksamen Mittel mehr sind, um eine breitere kulturelle Beteiligung als gesellschaftliches Ziel zu erreichen, dann ist Kulturpolitik womöglich gezwungen, ihre Logik der Steigerung

und des Wachstums des Angebotes zumindest in diesen Bereichen in Frage zu stellen. Die Einsicht, dass es womöglich in einzelnen Regionen und Sektoren nicht **zu wenig**, sondern vielleicht sogar **zu viele** oder nicht die richtigen kulturelle Angebote gibt, ist mental und politisch aber offensichtlich von den handelnden Akteuren schwer zu verarbeiten. Rück- und Umbau ist in ihren Augen ein Sakrileg und insbesondere in Zeiten der finanziellen Not ein Tabuthema.

Diese verständliche Vorsicht erschwert aber den kulturpolitisch vernünftigen Umgang mit diesem Strukturproblem. Denn genau diese Aufgabe der Konzentration und Veränderung steht der Kulturpolitik bevor – nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern und nicht nur im Bereich der Museen, wo der Deutsche Museumsbund bereits über Konzepte des geordneten Rückzugs nachzudenken scheint. Dabei geht es weniger um radikale Überlegungen – wie etwa die des Direktors der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia, Pius Knüsel, der von der notwendigen „Halbierung der kulturellen Infrastruktur", die „kaum jemanden auf Entzug setzen würde" spricht, sondern um einen Prozess der Anpassung und Transformation der kulturellen Infrastruktur angesichts veränderter Sozialstrukturen und Interessenlagen.

Auch diese, hier nur angedeuteten Zusammenhänge, machen deutlich, dass Kulturpolitik die tiefen Verwerfungen in der Sozialstruktur, die mit dem Begriff des Strukturwandels eher verharmlosend beschrieben werden, zur Kenntnis nehmen muss. Dann wird deutlich, dass sie insbesondere auf kommunaler Ebene vor riesigen Herausforderungen steht. Sie muss sich konzeptionell neu ausrichten und die alten ausgetretenen Pfade verlassen. Durchhalteparolen und der Ruf nach Nothilfeprogrammen des Bundes und der Länder werden nur sehr begrenzte Wirkungen entfalten. Es ist nicht die Zeit, um Sonderrechte für die Kultur zu reklamieren, um eine in Teilen veraltete und nicht zukunftsfähige kulturelle Infrastruktur aufrecht zu erhalten, die überwiegend von einer einkommens- und bildungsprivilegierten Bevölkerungsgruppe genutzt wird. Vielmehr muss es darum gehen, neue Angebotsformate zu entwickeln, die der von der UNESCO geforderten kulturellen Vielfalt ebenso gerecht werden, wie dem demokratischen Anspruch auf Teilhabegerechtigkeit. Wenn Kulturpolitik sich als Gesellschaftspolitik verstehen will, dann muss sie auch dabei mithelfen, dass der Zusammenhang von sozialer und kultureller Exklusion sich nicht weiter verfestigt.

Auch wenn gegen Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft kein kulturpolitisches Kraut gewachsen sein dürfte, so muss sie doch darum bemüht sein, mehr Teilhabe zu ermöglichen und Privilegien abzubauen. Kultur für alle wird es wohl nicht geben. Aber Kultur für Viele kann es geben. Die Neue Kulturpolitik der 1970er Jahre ist stark geworden durch das Versprechen auf kulturelle Chancengleichheit und die Konsens stiftende Botschaft, die damit verbunden war. Sie wäre heute gut beraten, wenn sie sich daran erinnerte. Gerade angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise und der neuen Sensibilität, die den sozialen Fragen zugemessen wird, darf Kulturpolitik sich nicht zur Komplizin einer Entwicklung machen oder auch nur in deren Nähe verortet werden können, die Kultur vor allem als Sache der Wohlhabenden und einer gesellschaftlichen Elite anbietet. Denn Kulturpolitik braucht Zustimmung – in den Stadtparlamenten und in der Öffentlichkeit. Diese Zustimmung war schon einmal größer. Um sie zurück zu gewinnen, sollte Kulturpolitik mehr soziale Balance anstreben – denn Kultur ist Bürgerrecht und als solches für alle da.